

MDL-NEWSLETTER

6/2023

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg

**Wir wünschen
Ihnen und euch allen
einen schönen Sommer!**



SOMMER

Letzter Newsletter vor der Sommerpause

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser 25. Ausgabe des MdL-Newsletters feiern wir bereits unser erstes kleines Jubiläum. Kurz vor der anstehenden Sommerpause wollen wir Ihnen die wichtigsten Ergebnisse unserer Arbeit im Landtag hiermit noch mitteilen.

Gleichzeitig wünschen wir allen einen schönen Sommer und denen einen erholsamen Urlaub, die welchen genießen dürfen. Nach einer kleinen Erholungspause sind auch wir wieder für Sie da.

Bernd Krückel/
Thomas Schnelle

Malin Spindler, Schülerin des Cornelius-Burgh-Gymnasiums der Stadt Erkelenz, hatte die Chance, ein zweiwöchiges Praktikum bei mir zu absolvieren.

Sie erhielt dabei spannende Einblicke in die Arbeit im Landtag sowie im Wahlkreisbüro und begleitete mich bei Terminen und Gesprächen.

Ein herzliches Dankeschön an Malin für die geleistete Arbeit und die Begeisterung für den Beruf, die du mitbrachtest!



Bernd Krückel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 25. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

APOTHEKENSTREIK

Apotheken in Ausnahmezustand Demonstrationen in ganz NRW

Deutschlands Apotheken standen für einen Tag still: keine Medikamente, kein Personal, geschlossene Türen. Um gegen die niedrige Vergütung und steigende Belastungen zu protestieren, legten Apothekerinnen und Apotheker aus ganz NRW ihre Arbeit nieder und demonstrierten gegen die Bundesregierung. Auch in der Plenarwoche in Düsseldorf war die Demonstration mit über 7.000 Teilnehmern vernehmbar. Laut einer Umfrage der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) beteiligen sich etwa 85 Prozent aller Apotheken an der Aktion, während nur Notfallapotheken geöffnet blieben, um die Versorgung sicherzustellen.

Die Branche kritisiert insbesondere die fehlende finanzielle Anerkennung für die gestiegene Arbeitsbelastung. Seit zehn Jahren ist die fixe Pauschale pro rezeptpflichtigem Medikament für Beratung unverändert, obwohl die Kosten kontinuierlich steigen. Die Apotheken fühlen sich von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt, was nicht nur ungerecht, sondern auch existenzbedrohend sei. Sie fordern daher eine Anhebung der Vergütung und die Einführung einer zusätzlichen Pauschale, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

Der Bundesgesundheitsminister in Berlin hat der Forderung nach

einer höheren Vergütung jedoch eine harsche Absage erteilt. Er argumentiert, dass derzeit keine Spielräume für zusätzliche Haushaltsmittel vorhanden seien und die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung steigen würden. Auch der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung widerspricht den Forderungen nach einer höheren Vergütung. Sie argumentieren, dass das Honorar für Apothekenmitarbeiter bereits steige, da Apotheken zusätzlich zur Pauschale drei Prozent vom Einkaufspreis jedes Medikaments erhalten - Preise, die steigen.

Die Proteste der Apotheken verdeutlichen die Sorge und den Unmut der Branche über die aktuelle Situation. Sie sehen sich mit steigenden Anforderungen, Lieferengpässen von Medikamenten und einem hohen Maß an Bürokratie konfrontiert, während die Vergütung nicht im angemessenen Maße angepasst wird. Die Apotheken spielen eine zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung und ihre Anliegen verdienen eine sorgfältige Prüfung und angemessene Reaktion seitens der Politik.

Auf Landesebene haben wir kaum Mittel, um auf die Bundesregierung einzuwirken. Es ist jedoch in jedem Falle wichtig, eine ausgewogene Lösung zu finden, um eine angemessene Vergütung sicherzustellen und gleichzeitig eine zuverlässige Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Medikamenten zu gewährleisten. Die Apotheken-Proteste machen deutlich, dass eine faire und nachhaltige Lösung erforderlich ist, um die Apotheken in ihrer wichtigen Funktion zu stärken. ■



INTEGRATION

Landeskabinett verabschiedet Aktionsprogramm Integration



„Wir wissen, dass unsere Schulen weiterhin enorme Herausforderungen stemmen müssen. Wir lassen sie mit diesen Aufgaben nicht allein.“

Das Landeskabinett hat den Weg freigemacht für ein neues finanzielles Hilfspaket für Schulen. Es heißt „Aktionsprogramm Integration“ und soll die Schulen in erster Linie bei der Aufnahme und Integration von schutzsuchenden Kindern und Jugendlichen, insbesondere aus der Ukraine, kurzfristig unterstützen. Dazu stehen zum Beginn des neuen Schuljahres 2023/2024 insgesamt 49 Millionen Euro zur Verfügung. „Wir wissen, dass die Schulen in Nordrhein-Westfalen weiterhin enorme Herausforderungen stemmen müssen“, erläutert Schul- und Bildungsministerin Dorothee Feller.

Dorothee Feller (CDU),
Ministerin für Schule und Bildung NRW
(Foto: Klaus Altevogt)

Das Aktionsprogramm Integration ermöglicht es, vor Ort individuelle Förderangebote auf- und auszubauen. Ebenso kann zusätzliches Personal eingestellt oder gegebenenfalls weiterbeschäftigt werden (z. B. Studenten zur Unterstützung der Lehrkräfte in den Schulen). Kooperationen mit außerschulischen Partnern können umgesetzt, bereits angestoßene Unterstützungsprojekte fortgesetzt werden.

„Das Programm kann in vielen Bereichen helfen – unter anderem bei der Deutschförderung, bei der Ausstattung mit ergänzenden Lern- und Lehrmaterialien oder bei Beratungsleistungen für Eltern“, betont die Ministerin.

32 Millionen Euro des finanziellen Gesamtpakets fließen als Schulträgerbudget an die Träger kommunaler Schulen und genehmigter Ersatzschulen. Weitere 14,7 Millionen Euro stehen für die befristete Einstellung von Personal an öffentlichen Schulen bereit. Ersatzschulträger erhalten analog dazu 1,8 Millionen Euro für die befristete Personalrekrutierung an ihren Schulen, knapp 500.000 Euro sind für das Projektmanagement kalkuliert. Die Mittel können bis zum Jahresende verausgabt werden.

Derzeit befinden sich über 100.000 neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler in nordrhein-westfälischen Schulen in der sogenannten Erstförderung.

Wie zuvor beim Aktionsprogramm „Ankommen und Aufholen“ erhalten die kommunalen Schulträger die zusätzlichen finanziellen Mittel als fachbezogene Pauschale über die Bezirksregierungen. Den Trägern genehmigter Ersatzschulen werden die Mittel über die Sitzkommune der jeweiligen Schule weitergeleitet. Nähere Informationen zum Aktionsprogramm, insbesondere zu den Verwendungsmöglichkeiten der Mittel, stehen im Bildungsportal bereit unter www.schulministerium.nrw/aktionsprogramm-integration.

Das Geld für das „Aktionsprogramm Integration“ stammt aus dem im Februar 2023 beschlossenen zweiten Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Bewältigung der Krisensituation infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Aus dem entsprechenden Sondervermögen dienen insgesamt 670 Millionen Euro der Finanzierung von Maßnahmen zur Krisenhilfe, Krisenresilienz und Krisenvorsorge. ■

BERUFSABSCHLÜSSE

Ausbildungen müssen schneller anerkannt werden

Ohne Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland werden wir in Nordrhein-Westfalen das Niveau unseres Wohlstandes und die Breite unseres Dienstleistungsangebots nicht halten können. Die Potenziale von Geflüchteten und Menschen mit Einwanderungsgeschichte werden noch nicht voll ausgeschöpft. Die Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung in Bonn soll deshalb weiterentwickelt werden, Berufsanerkenntnisverfahren sollen vereinfacht und digitalisiert, zentrale Homepages der Landesregierung und der Bezirksregierungen mehrsprachig gestaltet werden. Das ist Teil des gemeinsamen Antrags von CDU und Grünen „Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen“, den die Fraktionen in den Landtag eingebracht haben.

Dazu erklären Marco Schmitz, Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales der CDU-Landtagsfraktion, und Benjamin Rauer, Sprecher für Arbeit, Flucht und Religionspolitik der GRÜNEN Landtagsfraktion:

Marco Schmitz: „Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird auf dem Arbeitsmarkt für alle immer deutlicher spürbar. Eine der Lösungen muss daher die Integration ausländischer Arbeitskräfte in den deutschen Arbeitsmarkt sein. Dabei

müssen wir auf den in den Heimatländern der Arbeitskräfte erlernten Qualifikationen aufbauen. Ohne die berufsspezifischen deutschen Standards infrage zu stellen, müssen die erworbenen Ausbildungen bei uns unbürokratischer und schneller anerkannt werden; das gilt auch für die geregelten Berufe. Wer langfristig in Deutschland leben möchte, soll seine beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen voll nutzen können. Wir fordern eine klar strukturierte Berufsorientierung zeitnah nach der Ankunft in Deutschland. Diese soll sich an den vorhandenen Kompetenzen orientieren. Dies schließt unter Umständen notwendige Anpassungsqualifizierungen mit ein. Eine gelebte Willkommenskultur in unserer Gesellschaft kann hierbei helfen, dass die Arbeits- und Fachkräfte sich für einen dauerhaften Verbleib in Deutschland aussprechen.“

Benjamin Rauer: „Die vergleichsweise niedrige Quote von beruflichen Anerkennungsverfahren belegt, dass viele Zugewanderte ihre Qualifikationen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt nicht nutzen können. Wir wollen, dass NRW das Potenzial der vielfältigen Berufserfahrungen und Bildungskompetenzen ausschöpft. Begleitend zur neuen Fachkräftedoffensive der Landesregierung wollen wir die Anerkennungsverfahren serviceorientierter und schneller gestalten und frühzeitig die Qualifikationen geflüchteter Menschen identifizieren. Gleichzeitig müssen wir gemeinsam weiter daran arbeiten, dass die relevanten Akteure wie Berufskammern, die Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter stärker miteinander kooperieren und intensiver zu Fortbildungen sowie Anerkennungsverfahren beraten.“ ■

Foto: Christiane Lang



KLIMASCHUTZPAKET

Wir packen's an – gutes Klima für Nordrhein-Westfalen

Unter diesem Motto hat die Landesregierung ihr erstes gemeinsames Klimaschutzpaket beschlossen. Mit insgesamt 68 ressortübergreifend beigesteuerten Maßnahmen sowie Eckpunkten für eine Novelle des Klimaschutzgesetzes NRW wird die Landesregierung den Klimaschutz voranbringen. Mehr als eine Milliarde Euro stehen für die Jahre 2023 und 2024 für Klimaschutzmaßnahmen im Landeshaushalt bereit, vor allem für klimafreundliche Mobilität, die Wärmewende und den beschleunigten Ausbau von Windkraft und Photovoltaik. Gut eine weitere Milliarde Euro stehen für klimaschutzrelevante Projekte im Rahmen von Programmen der Europäischen Union bis 2027 zur Verfügung.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Der Schutz unseres Klimas ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas entwickeln. So stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts und sorgen für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und erhalten so Wohlstand und soziale Sicherheit. Mit diesem Klimaschutzpaket zeigen wir: Klimaschutz ist Aufgabe der gesamten Landesregierung. Gemeinsam sorgen wir für ein gutes Klima für Nordrhein-Westfalen – für und mit den Menschen und der Wirtschaft in unserem Land.“



NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst
(Foto: Land NRW / Tobias Koch)

Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Die Klimakrise kommt nicht, sie ist längst da. Vor den dramatischen Umbrüchen, die die globale Erderwärmung mit sich bringt, können und dürfen wir nicht länger die Augen verschließen. Als politisch Verantwortliche stehen wir in der Pflicht, jetzt zu handeln – schnell und mit konkreten Maßnahmen. Die gute Nachricht: Wir können dabei auf unsere Expertinnen und Experten in Wirtschaft, Mittelstand, Industrie und Handwerk zählen. Sie entwickeln schon heute die innovativen Produkte, die klimaneutrales Wirtschaften zum erfolgreichen Geschäftsmodell machen. Sie zu unterstützen, ihnen – im Schulterchluss mit den Kommunen – einen Rahmen zu geben, in dem sie erfolgreich arbeiten können, ist einer unserer Beiträge zu globaler



Klimaschutzministerin Mona Neubaur
(Foto: MWIKE NRW / Nils Leon Brauer)

Klimagerechtigkeit. Neben vielen Maßnahmen aus unterschiedlichen Ressorts erhöhen wir auch die Wirksamkeit des Klimaschutzgesetzes NRW, indem wir als Teil des Pakets Eckpunkte für eine Novelle vorlegen.“

Das erste gemeinsame Klimaschutzpaket der Landesregierung stellt eine Fülle von Vorhaben und Angeboten sowohl für Unternehmen und Kommunen als auch für Bürgerinnen und Bürger vor. Es enthält insgesamt 68 Maßnahmen in sieben zentralen Handlungsfeldern sowie erste Eckpunkte für eine Novelle des Klimaschutzgesetzes NRW: >>

Erneuerbare Energien ausbauen

Die Transformation hin zur Klimaneutralität benötigt grünen Strom. Die Landesregierung ermöglicht deshalb den schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien. Ziel ist es, dass mehr Menschen daran teilhaben und von einer nachhaltigen, sicheren und bezahlbaren Stromversorgung profitieren können. Dazu startet die Landesregierung eine Ausbauoffensive Windkraft und stellt unter anderem mehr landeseigene Flächen zur Verfügung. Auch der Ausbau der Solarenergie wird verstärkt gefördert, unter anderem wird es mit dem Bürgerenergiefonds ein neues Förderinstrument geben.

Kommunen bei Klimaschutz und Wärmewende unterstützen

Ein großer Teil klimaschädlicher Emissionen entsteht bei der Bereitstellung von Wärme. Deshalb soll die Wärmewende beschleunigt werden. So unterstützt die Landesregierung die Kommunen zum Beispiel mit dem Kompetenzzentrum Wärmewende dabei, das notwendige Wissen und Know-how für die Planung und Umsetzung aufzubauen und die Wärmewende vor Ort voranzutreiben. Auch durch die Förderung der mittleren und tieferen Geothermie setzt die Landesregierung darauf, möglichst alle Potenziale für das Gelingen der Wärmewende auszuschöpfen.

Energieeffizienz von Gebäuden und Quartieren steigern

Gebäude und Quartiere selbst bieten großes Potenzial zur Einsparung von Energie. Neben der Förderung von Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden oder auch

von ganzen klimagerechten Quartieren setzt das Land daher vorrangig in ihrer öffentlichen Wohnungsbauförderung verstärkt darauf, die Energieeffizienz in Bestandsgebäuden zu erhöhen und den CO₂-Ausstoß beim Neubau zu reduzieren.

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

Die Landesregierung unterstützt Verbraucherinnen und Verbraucher dabei, die Folgen der Energiekrise zu bewältigen und den Weg zur Klimaneutralität mitzugehen. Konkret wird die Landesregierung über die Verbraucherzentrale Bürgerinnen und Bürgern dabei helfen, ihre Energiekosten zu senken, zum Beispiel mittels Beratungen in Online-Seminaren und über weitere niedrigschwellige Kommunikationsformate in Präsenz vor Ort.

Umbau der Wirtschaft beschleunigen

Viele Unternehmen müssen ihre Geschäftsmodelle klimaneutral und kreislauforientiert ausrichten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Deshalb unterstützt die Landesregierung Mittelstand, Handwerk und Industrie beim Wandel - mit einem Viertel der im Klimaschutzpaket enthaltenen Mittel.

Mit gezielten Vorhaben werden etwa Zukunftstechnologien der klimafreundlichen Zementherstellung, zur Abscheidung und Nutzung von unvermeidbarem CO₂, sowie Ansätze im Bereich „Zero Waste“ vorangebracht. Mit der Einführung eines strategischen Landeseinkaufs schafft die Lan-

desregierung eine konkrete Marktnachfrage nach klimafreundlichen Produkten und Dienstleistungen.

Nachhaltige Verkehrsmittel und alternative Antriebe voranbringen

Die Landesregierung setzt auf attraktive Alternativen für die tägliche Mobilität. Dies umfasst die einfache Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und den Ausbau der Fahrradinfrastruktur ebenso wie die Förderung zur verstärkten Nutzung alternativer Fahrzeugantriebe. Unabhängig davon, wie jemand sich fortbewegt: Die Landesregierung arbeitet daran, die Angebote einfach und leicht zugänglich zu gestalten, damit sie eine echte klimafreundliche Alternative bieten. Das Deutschlandticket ist dabei ein zentraler Baustein.

Wälder und Ökosysteme erhalten

Wälder, Grünland, Moore und Gewässer sind natürliche Klimaschützer, denn sie können der Luft Kohlenstoff entziehen. Das Ziel der Landesregierung ist deshalb, sie langfristig zu erhalten und zu stärken. Ganz konkret unterstützt das Land etwa Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer dabei, klimastabile und resiliente Wälder aufzubauen, Flächen wieder zu bewalden oder auch Natur- und Grünräume sowie Gewässer an die veränderten Klimaveränderungen anzupassen.

Ein neuer Rahmen für Klimaschutz in NRW

Die Landesregierung stellt mit dem Klimaschutzpaket ressortabgestimmte Eckpunkte für die Weiterentwicklung des NRW-Klimaschutzgesetzes vor. >>

Ziel ist es, den rechtlichen Rahmen für ambitionierten Klimaschutz in NRW weiterzuentwickeln. Unter anderem soll das Klimaschutzziel für 2030 angehoben, neue Instrumente wie ein Klimaschutz-Monitoring eingeführt und die kommunale Wärmeplanung unter Berücksichtigung der angekündigten Bundesgesetzgebung verbindlich festgeschrieben werden. Das federführende Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie wird auf Basis dieser Eckpunkte einen Referentenentwurf vorlegen.

Das erste Klimaschutzpaket bündelt Maßnahmen der 2022 gestar-

teten neuen Landesregierung. Einige von ihnen sind bereits angelaufen, weitere gehen in Kürze in Umsetzung. Daneben werden viele Maßnahmen mit Klimaschutzrelevanz, die nicht im Klimaschutzpaket aufgeführt sind, weitergeführt. So stellt die Landesregierung etwa einen hohen dreistelligen Millionenbetrag für den weiteren Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zur Verfügung. Mit dem Zukunftsnetz Mobilität NRW und dem 2023 allein 90 Millionen Euro umfassenden Förderprogramm Elektromobilität stehen etablierte Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität zur Verfügung.

Auch die Förderung der kommunalen ÖKOPROFIT®-Projekte wird fortgesetzt, um den betrieblichen Umwelt- und Klimaschutz vor Ort zu verbessern. Mit einem Volumen von knapp 390 Millionen Euro stehen im Rahmen der Städtebauförderung weitere Mittel für die klimagerechte Transformation von Städten und Gemeinden zur Verfügung.

Dieses erste gemeinsame Klimaschutzpaket stellt den Auftakt dar – weitere werden auf den Weg gebracht und dazu beitragen, die Klimaschutzziele Nordrhein-Westfalens zu erreichen. ■

STEUERKRIMINALITÄT

Wir intensivieren den Kampf gegen Geldwäsche

NRW ist Vorreiter im Kampf gegen Steuerkriminalität. Doch immer neue Herausforderungen verlangen eine ständige Anpassung der Strukturen und Strategien, die Geldwäsche gezielt erschweren und verhindern. Die Fraktionen von CDU und Grünen haben im Landtag konkreten Maßnahmen zur Weiterentwicklung beschlossen.

Simon Rock (Grüne): „Kriminelle Organisationen nutzen Geldwäsche systematisch, um illegal erlangtes Geld in legales zu verwandeln und weitere Straftaten zu

finanzieren. Häufig gehen Geldwäsche und Steuerkriminalität dabei Hand in Hand. Wir wollen solchen Geschäften den Boden entziehen und unsere Aktivitäten zur Geldwäscheprävention sowie Geldwäschebekämpfung intensivieren. Zukünftig sollen Unternehmen mit intransparenter Eigentümerstruktur von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.“

Olaf Lehne (CDU): „Bereits seit der Gründung der Task Force 2018 geht es der Organisierten Kriminalität in NRW verstärkt an den Krängen. Geschäfte im Darknet, mit

Kryptowährungen, Hawala-Banking und andere Phänomene erfordern, dass sich unsere Behörden stetig weiterentwickeln und optimal zusammenarbeiten. Das haben wir uns in der Koalition zum Ziel gesetzt. Oft ergibt sich das gesamte Bild aber erst, wenn wir die Puzzleteile aus NRW und Berlin zusammensetzen. Unser Appell geht daher auch an den Bund, seine Financial Intelligence Unit (FIU) so aufzustellen, dass wir endlich alle Potenziale für die Geldwäschebekämpfung bundesweit heben können.“ ■

LANDESENTWICKLUNGSPLAN

Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrieregion Europas

Nordrhein-Westfalen soll Vorreiter in Hinblick auf Klimaneutralität werden und als erste Industrieregion Europas einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dabei werden die erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle spielen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts NRW sichern.

Um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen und den Vorgaben des Bundesministeriums zur Flächenausweisung gerecht zu werden, ist eine Änderung des Landesentwicklungsplans erforderlich. Diese Änderung sieht vor, mehr Flächen für die Windenergie auszuweisen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde bereits vorgelegt, der sowohl die Ausweisung der Flächen für Windenergieanlagen neu definiert als auch die Abstandsregelungen für diese Anlagen ändert.

Zukünftig soll der Ausbau von Windenergieanlagen in speziell festgelegten Zonen der Regionalplanung erfolgen, was die bisherige pauschale 1000-Meter Abstandsregelung überflüssig macht. Die übergeordneten Abstandsregeln bleiben jedoch bestehen. Durch enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und die Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse soll die Akzeptanz für den Ausbau von Windenergieanlagen sichergestellt werden. Auf diese Weise werden neue Anla-

gen dort errichtet, wo sie gewollt und für das Land sinnvoll sind.

Neben den Änderungen im Bereich der Windenergieanlagen sieht der Gesetzesentwurf für den neuen Landesentwicklungsplan auch Anpassungen für Photovol-

taik-Anlagen vor. Diese sollen einerseits sicherstellen, dass keine wertvollen landwirtschaftlichen Flächen durch den Ausbau verloren gehen, und andererseits ungenutzte Freiflächen zur Energiegewinnung genutzt werden können.

>>



Foto: CDU / Deutschland / Christine Lang

Parallel zu diesen Änderungen wird auch die Landesbauordnung überarbeitet. Der Fokus liegt hierbei auf der beschleunigten und vereinfachten Genehmigung von Windenergieanlagen sowie auf der von der Bundesregierung vorgesehenen Pflicht zum Einbau von Solaranlagen in Neubauten. Ab dem 1. Januar 2024 wird der Einbau von Solaranlagen für Nichtwohngebäude zur Pflicht, ab 2025 gilt dies auch für Wohngebäude. Darüber hinaus wird das bestehende Verbot von Schottergärten präzisiert, um mehr versiegelte Flächen als Lebensraum für Flora und Fauna sowie für Starkregenereignisse freizugeben.

Die Bundesregierung hat mit dem Wind-an-Land-Gesetz festgelegt, dass NRW bis 2030 1,8 % der Landesfläche für Windenergie ausweisen muss. Durch die geplanten Gesetzesänderungen wird dieses Ziel sogar früher als geplant erreicht, wodurch die Energiesicher-

heit gewährleistet, die Stromkosten gesenkt und der Klimawandel verlangsamt werden können. Es wird auf eine strategische Entwicklung und das Potenzial bestimmter Gebiete gesetzt, anstatt ein unkontrolliertes Wachstum im gesamten Land zuzulassen. Damit wird eine gezielte und planvolle Entwicklung angestrebt, die auf das große Potenzial der Regionen setzt.

Jetzt ist die Öffentlichkeit aufgerufen, Stellung zum Entwurf der Änderung des Landesentwicklungsplans NRW zu nehmen. Bis zum 21. Juli 2023 haben alle Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung und Anregungen einzubringen.

Die Stellungnahmen können über das Beteiligungsportal des Landes (<https://landesplanung.nrw.de/landesentwicklungsplan>), per E-Mail (landesentwicklungsplan@mwike.nrw.de), per Post an das Ministerium oder per Fax (0211 61772-774) übermittelt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, die Stellungnahme persönlich zur Niederschrift abzugeben.

Die geplanten Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen zielen darauf ab, die Energiewende voranzutreiben, den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen und die Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig sollen die wirtschaftliche Stärke und Wettbewerbsfähigkeit des Landes erhalten bleiben. Es ist ein ehrgeiziger Schritt, der zeigt, dass Nordrhein-Westfalen bereit ist, eine führende Rolle in Europa einzunehmen, wenn es um den Klimaschutz und die nachhaltige Entwicklung der Industrie geht." ■

